

April 2010

Minister Fahrenschon:

"Situation stetig verbessern"

Am 26.03.2010 fand eine Erörterung der Personallage in den bayerischen Finanzämtern zwischen Finanzminister Georg Fahrenschon und der Gewerkschaft ver.di im Finanzministerium statt. Von ver.di-Seite wurde die Delegation vom Landesbezirksleiter Sepp Falbisoner und von Landesfachbereichsleiter Norbert Flach geführt. Die Arbeits- und Personalsituation in den Finanzämtern wurde von Werner Stupka, Angelica Dullinger, Reinhard Wallner, Hans Bergmann und Christian Scholz dargelegt. Finanzminister Georg Fahrenschon sicherte zu, sich für eine "Verstetigung der Personallage in den Finanzämtern" einzusetzen. Dies bedeutet, dass nicht nur die freiwerdenden Stellen durch Nachwuchskräfte ersetzt werden, sondern dass weitere Personalverstärkungen angestrebt werden, damit die Arbeitssituation nachhaltig verbessert



Im Bild v.l.n.r.:
Werner Stupka,
Hans Bergmann,
Finanzminister
Georg Fahrenschon,
Josef Falbisoner,
Norbert Flach,
Reinhard Wallner,
Angelica Dullinger,
Christian Scholz

wird. Eine wichtige Aussage. Das gesamte Gespräch verlief sehr konstruktiv und erfolgreich.

Zentrales Thema der Erörterung zwischen Finanzminister Georg Fahrenschon und der Gewerkschaft ver.di war die Personalsituation - sowohl im Außen- wie auch im Innendienst. Die Steuerausfälle im Au-Bendienst entstehen nach Auffassung von ver.di vorrangig durch die zu langen Prüfungsturni im M-, K- und Kst-Bereich. Dabei werden pro Prüfungstag in diesen Größenklassen erhebliche Mehrergebnisse erprüft. Zugleich fehlen nach den Berechnungen der Persbb-Arbeitsgruppe in Bayern über 1.200 Prüferinnen und Prüfer im Bereich Bp, Steufa, USoP, BNV und LSt-Ap. Der dadurch bedingte Steuerausfall allein in Bayern wird von ver.di auf 683 Mio EUR pro Jahr berechnet davon allein 100 Mio EUR Ausfall bei der Gewerbesteuer für die bayerischen Kommunen.

Allerdings ist nach Auffassung von ver.di der Außendienst ohne einen funktionierenden Innendienst nicht schlagkräftig. Deshalb müssten die notwendigen <u>Personalmehrungen</u> im Verhältnis 50:50 im Außen- und im Innendienst stattfinden. Derzeit ist nach unserer Auffassung der Innendienst nicht mehr in der Lage, Personal für den Außendienst abzustellen. Hier kann eine Entlastung erst aus den starken

Anwärterjahrgängen 2008 und 2009 erfolgen. Ver.di hat Finanzminister Fahrenschon darauf hingewiesen, dass nicht nur ständige Rechtsänderungen die Arbeit in den Veranlagungsstellen erschweren. Weitere Probleme sind hausgemacht: So haben alleine die Leitfäden, die für die Bearbeitung der ESt-Erklärung 2009 beachtet werden müssen, einen Umfang von über 1.000 Seiten. Ein nicht zu bewältigender Papierwust. Dazu kommen Defizite bei der Suchfunktion im AIS, die in keiner Weise dem Standard entspricht, der aus dem Internet bekannt ist.

Finanzminister Fahrenschon ging insbesondere auf die Personallage ein. Er wolle hier eine Verstetigung erreichen. Die Probleme in diesem Bereich sind ihm bekannt und er sicherte seinen politischen Einsatz für eine nachhaltige Verbesserung der Situation in den bayerischen Finanzämtern zu. Durch die Stellenmehrungen im Doppelhaushalt 2009/10 und die hohen Einstellungszahlen seien die ersten Schritte vollzogen worden. Er werde politisch für weitere Verbesserungen eintreten. In welchem Umfang dies geschehen könne, sei allerdings offen. Bei den angesprochenen Problemen im Bereich "Papierflut" bzw. Suchfunktion erteilte Minister Fahrenschon entsprechende Prüfaufträge an das Organisationsreferat.

Bei diesem Gespräch war deutlich die Bereitschaft von Finanzminister Fahrenschon zu erkennen, sich für die Steuerverwaltung einzusetzen. Dieses Bemühen wird von ver.di dadurch unterstützt, dass der Öffentlichkeit deutlich gemacht wird, welche wichtige Funktion eine funktionierende Steuerverwaltung für die Allgemeinheit darstellt. Defizite im Bereich des Steuervollzugs führen nach Auffassung von ver.di dazu, dass die Belastung mit Quellensteuern (Lohnsteuer, MWSt, Energiesteuer usw.) für die Bevölkerung weiter zunimmt. Weitere Belastungen für die Bevölkerung sind aber nach unserer Auffassung nicht akzeptabel. Schon gar nicht dann, wenn die vorhandenen Steuerquellen nicht vollständig ausgeschöpft werden (können), weil das dafür nötige Personal noch fehlt.